

An die
Empfänger des Newsletters
Energerecht für energieintensive Unternehmen

PricewaterhouseCoopers Legal
Aktiengesellschaft
Rechtsanwaltsgesellschaft

Moskauer Straße 19
40227 Düsseldorf
Postfach 10 50 53
40041 Düsseldorf
www.pwclegal.de

Tel.: +49 211 981-5396
Fax: +49 211 981-4011
michael.kueper@pwc.com

Dezember 2020

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) sorgt für Dynamik bei der Entlastung von Abgaben und Umlagen bei Wasserstoff

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit Ende der vergangenen Woche liegt ein Formulierungsvorschlag des BMWi zum EEG 2021-E vor. Darin möchte das Ministerium von Peter Altmaier insbesondere bei der Abgaben- und Umlagenbefreiung bzw. -privilegierung von Wasserstoff (EEG-, KWKG- und Offshore-Umlage) die bisherigen Regelungslücken des Referentenentwurfs nachbessern. Mit dem Vorschlag sollen die regulatorischen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um mittelfristig insbesondere die „grüne“ Wasserstoffproduktion auf ein konkurrenzfähiges Niveau zu heben; aber auch alle anderen Formen der Wasserstoffgewinnung sollen für einen Markthochlauf gefördert werden.

Um diesen Markthochlauf kurzfristig zu erreichen, sind daher zwei Varianten vorgesehen: Eine Entlastung nach § 64a EEG 2021-E für die Herstellung aller Arten von Wasserstoff und eine Entlastung für Strommengen zur Herstellung von grünem Wasserstoff nach § 69b EEG 2021-E.

Ausweitung der Besonderen Ausgleichsregelung

Die Entlastung von Wasserstoff **jeglicher „Farbe“** – von grauem bis zu grünem Wasserstoff – soll im Rahmen des bestehenden Mechanismus der **Besonderen Ausgleichsregelung für Hersteller von Industriegasen** über den neu geschaffenen **§ 64a EEG 2021-E** ermöglicht werden. Abweichend von der Systematik der WZ 2008 soll es bei der Klassifizierung der Tätigkeit aber gerade nicht auf die anschließende Verwendung des Wasserstoffs ankommen. Umfasst sind **jegliche Verwendungszwecke von Wasserstoff** (sog. Abflaschung, stoffliche/energetische Verwendung sowie die Einspeisung in ein Rohrleitungsnetz).

...

Im Gegensatz zum regulären Ablauf einer Antragstellung auf Begrenzung der EEG-Umlage sieht § 64a EEG 2021-E verschiedenste Erleichterungen im Antragsverfahren vor, um eine Privilegierung auf 15 % der jeweils gültigen EEG-Umlage zu erhalten. Die Anwendung der “Super-Cap-Regelung” für Stromkostenintensitäten über 20 % ist dabei weiterhin möglich und reduziert die maximal zu zahlende EEG-Umlage auf 0,5 % der zugrundeliegenden Bruttowertschöpfung.

Umfassende Erleichterungen der bekannten Systematik

Ein Selbstbehalt für die erste Gigawattstunde an Stromverbrauch ist bei der Begrenzung der EEG-Umlage für die Herstellung von Wasserstoff nicht vorgesehen, wodurch **auch Kleinstanlagen** vom Privilegierungsmechanismus unmittelbar und in voller Höhe profitieren können. Besonders erwähnenswert ist im Rahmen der Erleichterungen auch, dass eine Antragstellung für Neugründungen zunächst auf Prognosedaten und ohne ein bestehendes Energiemanagementsystem erfolgen kann. Beides gilt sowohl für das Jahr der Neugründung der Gesellschaft als auch für das nachfolgende Geschäftsjahr. Sowohl aufwändige Zertifizierungen wie beispielsweise nach der DIN EN ISO 50001 als auch die Bildung eines Rumpfgeschäftsjahres werden hiermit, mindestens in der Anfangsphase, obsolet.

Hinzu kommt, dass die positive Bescheidung von Anträgen nach § 64a EEG 2021-E bei Neugründungen auch rückwirkend ergehen kann. Dies stellt einen essentiellen Umbruch in der bisherigen Privilegierungssystematik der Besonderen Ausgleichsregelung dar, welche bislang nur eine Umlagenentlastung für die Zukunft vorsah. Neben der bekannten Möglichkeit, einen Antrag auch für einen selbständigen Unternehmensteil stellen zu können, sieht der Entwurf sogar vor, dass auch **nicht-selbständige Unternehmensteile** eine Entlastung von der EEG-Umlage für die Wasserstoffherzeugung in Anspruch nehmen können. In diesem Fall können interne Verrechnungspreise zur Ermittlung der Bruttowertschöpfung herangezogen werden. In manchen Konstellationen kann eine Antragstellung sogar ohne Vorlage eines Prüfungsvermerks eines Wirtschaftsprüfers erfolgen.

Der Teufel steckt – wie so häufig bei der Anwendung der Besonderen Ausgleichsregelung – jedoch im Detail. So dürfte es in der Praxis eine Vielzahl von Abgrenzungsfragen u.a. im Hinblick auf die WZ-Klassifizierung sowie den Begriff des neu gegründeten Unternehmens geben. Hierbei können Sie von unserer langjährigen Erfahrung im Zusammenhang mit der Besonderen Ausgleichsregelung profitieren.

Geplante Befreiung von der EEG-Umlage für die Herstellung von grünem Wasserstoff

Während die Besondere Ausgleichsregelung eine Reduzierung von Wasserstoffherzeugung auf 15 % der jeweils gültigen EEG-Umlage sowie der übrigen Umlagen vorsieht, soll durch den Formulierungsvorschlag die **Erzeugung von grünem Wasserstoff** über den **§ 69b EEG 2021-E** vollständig von der EEG-Umlage befreit werden. Wesentlicher Unterschied zur Begrenzung der EEG-Umlage nach § 64a EEG 2021-E ist, dass nach § 69b EEG 2021-E ausschließlich die Herstellung

von grünem Wasserstoff privilegiert werden kann. Ein Wechsel zwischen beiden Privilegierungsregimen soll kalenderjährlich möglich sein.

§ 69b EEG-2021-E sieht vor, dass der für die grüne Wasserstoffproduktion erzeugte Strom aus EE-Anlagen stammt, welche nicht mehr einer EEG-Förderung unterliegen. Infrage kommen daher wohl insbesondere Energielieferungen im Rahmen von Power Purchase Agreements (PPA). Für eine Inanspruchnahme des § 69b EEG 2021 ist allerdings eine vorherige Konkretisierung der Legaldefinition von "grünem Wasserstoff" im Rahmen der Umsetzung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED II) in nationales Recht notwendig. Bis zu diesem Zeitpunkt wird keine Privilegierung über den § 69b EEG 2021-E möglich sein.

Durch die geplanten Neuregelungen im EEG 2021 ließen sich die Gestehungskosten bei der Herstellung von Wasserstoff in Elektrolyseuren deutlich senken. Sofern Sie die Anwendung von Wasserstoff in Ihrem Unternehmen planen, bislang aber noch keine Wirtschaftlichkeit sicherstellen konnten, ist jetzt der richtige Zeitpunkt dies erneut zu bewerten. Gerne diskutieren wir mit Ihnen, die für Sie in Frage kommenden Privilegierungstatbestände, etwaige Beschaffungsoptionen und zeigen Ihnen auf, welche Voraussetzungen hierfür zu erfüllen sind.

Es würde uns freuen, uns mit Ihnen zu den oben dargestellten Aspekten auszutauschen. Gerne können Sie uns unter den nachstehenden Kontaktdaten erreichen:

Sebastian Farin, Dipl.-Wirtschaftsjurist, Tel.: +49 211 981-2287
E-Mail: sebastian.farin@pwc.com

Matthias Stephan, Rechtsanwalt, Tel.: +49 211 981-1509
E-Mail: matthias.stephan@pwc.com

Mit freundlichen Grüßen

Michael H. Küper
Rechtsanwalt, M.Sc.

ppa. Sebastian Farin
Dipl. Wirtschaftsjurist

ppa. Matthias Stephan
Rechtsanwalt

Privilegierung der Wasserstoffherzeugung im EEG 2021

Chancen nutzen –
Zukunftskonzepte wettbewerbsfähig gestalten!



Das EEG 2021 führt zu Veränderungen im Rahmen der Besonderen Ausgleichsregelung und fördert insbesondere die Herstellung von H₂



EEG-Umlagenreduzierung im Rahmen der Besonderen Ausgleichsregelung (§ 64a EEG 2021-E)

- Förderung der **Herstellung von Wasserstoff (H₂)** in stromkostenintensiven Unternehmen **unabhängig von der Art („Farbe“) des H₂** und seines **Verwendungszwecks**
- Wasserstoffherstellung als „**größter Beitrag zur gesamten Wertschöpfung des Unternehmens**“
- Klassifizierung als **Hersteller von Industriegasen** (WZ-Klasse 20.11)
- Einsatz mess- und eichrechtskonformer **Messeinrichtungen**
- Möglichkeit auch für **selbständige** und **nicht-selbständige Unternehmensteile**
- **Kein Selbstbehalt**, d.h. Privilegierung auch für Kleinstanlagen
- Begrenzung auf **15 % der EEG-, KWK- und Offshore-Netzumlage**
- Begrenzung auf **maximal 0,5 % der Bruttowertschöpfung** ab einer Stromkostenintensität von mind. 20 % (Super-Cap)
- Begrenzung darf 0,1 Cent/kWh nicht unterschreiten
- Begrenzung des Stromverbrauchs der H₂-Anlage („Einrichtung“) – nicht der Abnahmestelle



EEG-Umlagenbefreiung bei der Herstellung von grünem H₂ (§ 69b EEG 2021-E)

- Förderung der **Herstellung von ausschließlich grünem H₂** unabhängig vom Verwendungszweck
- Einsatz von **Strom aus nicht (mehr) EEG-geförderten Anlagen**
- **Inbetriebnahme** der Anlage zur Wasserstoffherstellung **vor dem 01.01.2030**
- **Eigener Netzzugang bzw. Zählpunkt der H₂-Anlage**
- Einsatz mess- und eichrechtskonformer **Messeinrichtungen**
- **Vollbefreiung** von der EEG-Umlage
- **Zusätzliche Vollbefreiung** von der KWK-Umlage sowie eine entsprechende Begrenzung der Offshore-Netzumlage

Regelung erst anwendbar, wenn Anforderungen an die Herstellung von grünem H₂ im Rahmen der nationalen Umsetzung der RED II bestimmt wurden



Das EEG 2021 sieht im Rahmen der Besonderen Ausgleichsregelung wesentliche Erleichterungen bei der Antragsstellung nach § 64a im Vergleich zu § 64 vor

Erleichterungen bei der Antragsstellung nach § 64a EEG 2021-E gegenüber einer Antragstellung nach § 64 (BesAR)



Antragsstellung auf Basis von Prognosedaten ohne Aufstellung eines Jahresabschlusses/Rumpfgeschäftsjahres



Antragsstellung kann auch auf Basis eines **selbstständigen und nicht-selbstständigen (!) Unternehmensteils** erfolgen



Testierung durch Wirtschaftsprüfer lediglich für Inanspruchnahme des **Super-Caps** erforderlich



Energie-Management-System (bspw. ISO DIN EN 50001) für das Jahr der Neugründung und das folgende Geschäftsjahr **entbehrlich**



Rückwirkende Erteilung der Begrenzung



Mit H₂-Projekten die Zukunft gestalten – jetzt durchstarten

Ihre Ansprechpartner für
Wasserstoff, Energie und
Nachhaltigkeit



Simon Fahrenholz
Partner
Energy Consulting

Moskauer Straße 19
40227 Düsseldorf
Tel. +49 211 981 - 2346
simon.fahrenholz@pwc.com



Sebastian Farin
Senior Manager
Energy Consulting

Moskauer Straße 19
40227 Düsseldorf
Tel. +49 211 981 - 2287
sebastian.farin@pwc.com



Michael H. Küper
Partner
Legal

Moskauer Straße 19
40227 Düsseldorf
Tel. +49 211 981 - 5396
michael.kueper@pwc.com



Matthias Stephan
Manager
Legal

Moskauer Straße 19
40227 Düsseldorf
Tel. +49 211 981 - 1509
matthias.stephan@pwc.com